

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Offenliegend mit Wilsdruff der Seite und Festsitzung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Boten für den Monat 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.50 Mk., auf Zustellungsgebühren. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen werden jederzeit Besichtigungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstige Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Tagespreises.



Interimsspreis 1 Mk. für die 6spaltige Koppspalte ober dem Namen, Latinspreis 90 Pfg., Anzeigen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Koppspalte 3 Mk., Nachweilungs-Ordre 50 Pfg., Anzeigenannahme die vormittags 10 Uhr. Für die Nachlieferung der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbesteller erhält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Haftung geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vösig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 7.

Sonntag den 9. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 53 des hiesigen Handelsregisters, die Firma B. Peinzmann in Kesselsdorf betr., ist heute die dem Kaufmann Hugo Fedor Grosche in Kesselsdorf erteilte Prokura eingetragen worden.  
Wilsdruff, am 4. Januar 1921.

Sächsisches Amtsgericht.

Auf Blatt 44 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Münzger Pappensabrik G. Seidel in Münzig betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Franz Curt Seidel in Münzig.  
Wilsdruff, am 5. Januar 1921.

A. Reg. 1/21

Sächsisches Amtsgericht.

## Zwangsinnung für das Schlosser-Handwerk betr.

Von der Schlosser-Zwangsinnung zu Meißen ist beantragt worden, anzuordnen, daß innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Meißen mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Rössen sämtliche Gewerbetreibenden, die das Schlosser-, Mechaniker-, Installateur- und Büchsenmacher-Handwerk ausüben, dieser Innung anzugehören haben.

Von der Kreisauptmannschaft Dresden mit der kommissarischen Vorbereitung deren Entschließung beauftragt, mache ich hierdurch bekannt, daß die Anzeigen für oder gegen die Erweiterung der genannten Zwangsinnung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 10. bis 17. Januar 1921 bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärungen kann während des angegebenen Zeitraumes werktätlich von 9—12 Uhr vormittags im Rathause zu Meißen, Zimmer Nr. 20, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Rössen das Schlosser-, Mechaniker-, Installateur- und Büchsenmacher-Handwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Anzeigen mit dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Erweiterung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitraumes eingehende Anzeigen unberücksichtigt bleiben. Ich weise ferner darauf hin, daß auch solche Meister, die Gesellen und Lehrlinge nicht beschäftigen, als beteiligt anzusehen sind.

Meißen, am 4. Januar 1921.

Der Kommissar  
Bürgermeister Dr. Goldfriedrich.

## Fettverteilung.

Auf den Abschnitt G der Landesfettkarte und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 10. bis 16. Januar 1921 50 g Butter ausgegeben.

Meißen, am 7. Januar 1921.

Nr. 26 II O.  
Kommunalverband Meißen-Land.

## Keine Zeitung für eilige Leser.

- \* Nach den letzten Mitteilungen findet die Wiederaufnahme der Verschiebung am 15. Januar statt.
- \* Der Reichstag empfing oberösterreichische Gewerkschaftsvertreter und vertrat ihnen, gegen das Bandenwesen energisch durchzugreifen.
- \* Nach einer Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Wagners steht Österreich unmittelbar vor dem Zusammenbruch.
- \* Die italienische Regierung hat den Bolschewisten Sinowjew, Bucharin und Galabandow, die zur Teilnahme an dem italienischen Sozialistenkongress nach Livorno kommen wollten, das Visum verweigert.

## Zohuwabohu.

So einfach, wie die französischen Deutschenfeinde sich das gedacht haben, läßt sich die geplante Expedition gegen die deutsche Republik nun doch nicht einleiten. Es war alles höchst ausgeheult von Marshall Foch, General Koller und dem Ober Erzer Obersten. Man ließ ein wahres Trommelfeuer von hochfahrenden Reden auf Berlin niederprasseln, in der Hoffnung, damit nicht nur die armen Vertragspartner von Versailles bis zur Bewußtlosigkeit einzuschüchtern, sondern auch alle seine lieben Freunde und Verwandten auf dem Wege, den man beschreiten wollte, mit fortzureißen.

Der in London verlor man alles andere, nur nicht die Besinnung und raffte sich schon nach wenigen Tagen zu einem guten Maßhalten für Frankreich auf, in deren Formulierung sogar auch eine vorsichtig abgemessene kleine Freundlichkeit für Deutschland nicht vergessen wurde. Nur nicht so ungeduldig, ihr lieben Kinder, hieß es da. Warum habt ihr es denn heute so furchtbar eilig? Die Abdringung in Deutschland ist doch wahrlich schon ziemlich weit vorgeschritten, und was noch fehlt, wird sich ja wohl in ein paar Monaten noch nachholen lassen. Und dann die Instanzen, liebe Freunde, die Instanzen! Weiß denn die Kontrollkommission in Berlin nicht mehr, daß wir einen Volkshatler, ja sogar einen Obersten hat in Paris haben, der in den Fragen von Krieg und Frieden, von Vertragsbruch und Vertragsverletzung auch noch ein Wortchen mitzureden hat? Also legt uns gefälligst das ganze Material, das ihr mit wachem Bewußtsein gegen Deutschland zusammengetragen habt, in ordentlich Aufmachung vor, wie es sich gehört, dann können unsere Ministerpräsidenten am 10., am 15., oder sagen wir lieber gleich am 19. Januar zusammenkommen, sich die Sache reichlich überlegen und sie zur letzten Entscheidung vorbereiten. Aber ehe wir es vergessen: da sind doch noch die Sachverständigenkonferenzen in Brüssel, die Mitte Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen werden, und dann soll wieder in Genf eine Zusammenkunft stattfinden, um die Wiederherstellungsummen endgültig festzusetzen — das alles sind doch, wenn man es sich recht überlegt, Dinge, die mit dem, was ihr Franzosen jetzt vorhabt, in schier unauflöslichem Zusammenhang stehen. Wo nicht wahr, man muß sich da vor übereilten Schritten doch recht sehr in acht nehmen, um nicht mit der einen Hand zu verberben, was die andere eben erst zurechtgerückt wollte. Und endlich und schließlich: Was meint ihr eigentlich zu Oberschlesien? Da soll doch, wenn wir nicht lesen, um die Mitte des März herum eine Volksabstimmung vorgenommen werden.

Noch steht es nicht darüber endgültig ausgemacht, ob die beiden Gruppen von Abstimmungsberechtigten, die zu unterscheiden sind, die im Lande selbst und die draußen im Reich wohnenden, an einem Tage oder an zwei verschiedenen Terminen zur Urne schreiten sollen. Kein Mensch kann auch sagen, wie weit das Ergebnis der Abstimmung für die schließliche Zuteilung des Gebietes als maßgebend anerkannt werden wird. Und wer weiß, ob nicht drei weitere

Monate vergehen werden, ehe die ganze oberösterreichische Frage ein für allemal gelöst werden kann. Die soll aber unter diesen Umständen die Frage der Entschädigung bei den Zusammenkünften in Paris gelöst werden können? Wird sich die Zeit für die Bemessung der Wiederherstellungsummen an Deutschland, die am 1. Mai 1921 abläuft, bei dieser Sachlage überhaupt einhalten lassen? Je tiefer man also in den ganzen Fragenhaufen hineinkommt, desto schwieriger wird die Entscheidung, jedoch eine Überführung, wie sie von Paris aus mit der üblichen geschickten Presseunterstützung betrieben wird, sich eigentlich doch wohl von selbst verbietet. Das alles sind Vorstellungen, die man in Frankreich pflichtschuldigst entgegennimmt. Man sieht notgedrungen ein, daß sich nichts Stichthaltiges gegen sie einwenden läßt, und muß sich mit unwillkürlichen Stirnrunzeln begnügen.

Aber nach England kommen jetzt auch die Bereinigten Staaten von Nordamerika und tun der Welt kund und zu wissen, daß nach ihrem Dafürhalten Deutschland in dem Maße abzurufen, das die Umstände ihm gestatten, und daß es gut sei, ihm eine neue Frist zu gewähren. Wenn statt dessen von Frankreich wieder einmal die Befehle des Ruhegebotes und die Zurückbehaltung der rheinischen Provinzen geplant werde, so müsse Amerika eine solche Aktion mit wahrer Unruhe betrachten. Die Abfertigung Deutschlands zu bestrafen, falls es eine Bestimmung des Friedensvertrages nicht durchführen könne, werde in Washington mißbilligt, zumal man den Nachweis als erbracht ansehen müsse, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, eine gewisse Anzahl von Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. Das heißt sich fast schon wie ein kalter Wasserstrahl nach Paris. Die Sprache der Amerikaner ist jedenfalls viel unerbitterlicher als diejenige der Engländer und soll wohl auch dazu bestimmt sein, die Londoner Abwehr gegen die Pariser Sabelröhler nach Kräften zu unterstützen. Die künstlich erhaltene Temperatur der französischen Imperialisten wird auf diese Weise hoffentlich wieder um einige Grade heruntergehen. Das Zohuwabohu, das sie angerichtet haben, wird dann vielleicht wieder einigermaßen zu entwirren sein.

## Einpruch gegen die Abstimmungsordnung.

Gewaltige Benachteiligung der Deutschen.

Nachdem die Reichsregierung schon sofort gegen die Abstimmungsordnung für Oberschlesien Widerspruch erhoben hat, wird sie auch gegen das Abstimmungsreglement für Oberschlesien sowohl beim Vorsitzenden der internationalen Kommission, General Le Rond, als auch bei der Volkskammerkongress Einspruch erheben. Würden doch bei einer Abstimmung, die dem Abstimmungsreglement gemäß alle nach dem 1. Januar 1904 zugewanderten Oberschlesier ausschließt, nach ganz vorsichtiger Schätzung 80 bis 85 % der Angehörigen des Beamtenstandes, 30 bis 35 % der Privatangehörigen, 10 bis 20 % der deutschen Arbeiterklasse von der Abstimmung ausgeschlossen werden.

## Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Deutsche und polnische Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen hatten eine Verhandlung mit der internationalen Kommission über die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien, an der außer Le Rond auch Oberst Bercioal und General de Marins teilnahmen. Die Gewerkschaftsvertreter weisen darauf hin, daß die Unsicherheit in Oberschlesien unerträglich geworden sei. Seit dem 1. September seien 45 Morde vorgekommen, darunter 13 allein in Weutchen. Ein Verfahren durchzuführen, sei nur in fünf Fällen möglich gewesen, da man die Mörder nicht habe fassen können. Die Frage Le Ronds, ob das Banditenwesen im Zusammenhang mit bolschewistischen Tendenzen stünde, wurde von allen Gewerkschaftsvertretern verneint. Le Rond versprach darauf, Anweisung zu geben, daß alle Behörden das Banden-

wesen mit allen Mitteln bekämpfen sollten. Besonders sollen Patrouillen die Grenzen und die ländlichen Bezirke überwachen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* Wiederaufnahme der Ausgleichszahlungen. In Paris kamen die deutschen Vertreter mit den Leitern der Ausgleichskassen der Entente für die beschlagnahmten deutschen Guthaben zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, Frankreich, England, Italien, Belgien, Griechenland und Siam waren vertreten. Die deutsche Regierung hatte in letzter Zeit die Zahlung von Beträgen ausgesetzt, die alliierten Staatsangehörigen für im Kriege beschlagnahmte Güter zu leisten war. Jetzt erklärten die deutschen Vertreter, daß Deutschland diese Zahlungen noch vor dem 15. Januar wieder aufnehmen werde.

\* Minister Koch und die russische Gefahr. Reichsminister Koch hielt in Atlanta eine Rede, in der er besonders betonte: Neben der Notwendigkeit der Reichseinheit ist es erforderlich, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß alle deutschen Einrichtungen turmhoch über den bolschewistischen Zuständen stehen. Einen Ansturm aus dem Osten werden wir womöglich im Frühjahr haben, weil der Hunger die Sorden über die Grenze treiben wird. Rußland wird durch brutale Gewalt in den Zustand der Anarchie und des Barbarismus zurückfallen.

\* Der ewige Deutschenhass in Belgien. Nach einer Mitteilung der holländischen Presse hat die Vereinigung der Hotelbesitzer in Antwerpen beschlossen, den im Januar erwarteten deutschen Interessenten, die über die Wiederanbahnung der Handels- und Schiffahrtsbeziehungen mit Belgien verhandeln wollen, keine Unterkunft zu geben.

### Deutsch-Osterreich.

\* Unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Wie die österreichische Staatskorrespondenz meldet, hat Bundeskanzler Wagners in den letzten Tagen in Begleitung der Bundesminister für Finanzen und Volksernährung bei den in Wien beglaubigten Vertretern der Großmächte vorgesprochen, um ihnen die sich immer kritischer gestaltende finanzielle Lage auszuhandeln, wobei er betonte, daß die Staatsausgaben sich in der letzten Zeit beträchtlich gesteigert hätten, daß mit dem Zusammenbruch der Staatswirtschaft in kürzester Zeit gerechnet werden müsse, wenn nicht ohne jeden Verzug durch die von der Reparationskommission seit einem Monat beantragten Auslandskredite der weiteren Entwertung der österreichischen Krone und damit einer neuen Preiserhöhung Einhalt geboten werde. Die Vertreter der Großmächte bekundeten für die Notwendigkeit einer raschen Hilfe besonderes Verständnis und sagten zu, ihre Regierungen unverzüglich in Kenntnis setzen zu wollen.

### Griechenland.

\* König Konstantin Thronrede. Die neu gewählte Kammer ist zum ersten Male zusammengetreten, nachdem der bis jetzt verbannte gewesene Vizekönig Athens, Theofilos, eine Messe gelesen hatte. König Konstantin verlas sehr bewegt seine Thronrede, in der er den Alliierten für das Griechenland bewiesene Wohlwollen dankte. Er kündigte eine Neuordnung des Staatswesens auf unbedingt odischer Grundlage und die Fortsetzung des Kampfes in Athen an, ebenso seinen Entschluß, mit den Alliierten zusammenarbeiten zu wollen. Er hoffte auf die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zu Serbien. Das Bündnis mit Serbien sei auch die beste Sicherung des Balkanfriedens. Er erwähnte noch, daß durch die neu geknüpften Familienbände mit dem rumänischen Königshaus sich die Beziehungen zu diesem Lande enger gestalten hätten.